



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt

Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt am 24.01.2024 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Gertrud Klatt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Felix Thier

Herr Uwe Groschwitz

Herr Dr. Rüdiger Prasse

Herr Uwe Schätzel

Frau Ines Seiler

Herr Tobias Brosig

Herr Klaus-Peter Gust

Herr Jens Wylegalla

Vertretung für Frau Dr. Ricarda Voigt

Sachkundige Einwohner

Frau Dr. Paula Veronica Valderrama Saud

Herr Peter Wetzel

Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III

Frau Dietlind Biesterfeld

Verwaltung

Frau Dr. Neuling

Herr Dr. Jende

Herr Marschall

Herr Reinhardt

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Ricarda Voigt

Sachkundige Einwohner

Frau Antje Drangusch
Herr Milan Hänsel
Herr Mario Kuwald
Herr Mario Schwanke

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2023
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
Beschlussvorlagen
- 6 Haushaltssatzung 2024 6-5195/23-I
- 7 Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2024 6-5197/23-I
Informationsvorlagen
- 8 Nachhaltigkeitsbericht für den Landkreis Teltow-Fläming für das Jahr 2022 6-5190/23-III
Anträge
- 9 Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zu Nachpflanzung von Alleebäumen 6-5192/23-KT
- 10 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur langfristigen Sicherung von Alleeen entlang der Kreisstraßen im Landkreis Teltow-Fläming 6-5198/23-KT/1
- 11 Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zur Ertüchtigung der maroden Wehre/ technischen Stauanlagen in Teltow Fläming 6-5193/23-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Klatt begrüßt alle Anwesenden und lässt über das Rederecht der zuständigen Verwaltungsmitglieder bezüglich der zu beratenden Haushaltssatzung abstimmen, wurde einstimmig erteilt.

Die vorliegende Tagesordnung wurde bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2023

Schriftliche Einwendungen sind nicht eingegangen. Die Niederschrift der Sitzung vom 08.11.2023 ist damit bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Einwohner sind nicht anwesend.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Wylegalla richtet eine Frage bezüglich der Finanzierung zur Aufstellung temporärer Räume an der Gesamtschule Ludwigsfelde an den Kämmerer. **Herr Ferdinand** gibt Auskunft, dass sich die Gesamtkosten dafür auf ca. 442 T€ belaufen würden. I. R. stehender Sachverhalt sei noch in der Prüfung und Abstimmung mit der Verwaltungsleitung der Stadt Ludwigsfelde. Geprüft werde derzeit die vollständige Refinanzierung durch die Kreisverwaltung. Eine abschließende Aussage könne er daher diesbezüglich nicht treffen. Im Haushalt werde diese gesonderte Position daher noch nicht abgebildet. Sollte sich der Sachverhalt als gesetzeskonform erweisen und der Landkreis zur Erstattung dieser Kosten an die Stadt Ludwigsfelde verpflichtet sein, wäre dieser Betrag seiner Meinung nach finanzierbar.

Herr Thier merkt an, dass das eben besprochene Thema nicht in den Zuständigkeitsbereich des hiesigen Ausschusses liege und bittet daher um Weiterleitung der Antwort an den zuständigen Ausschuss Bildung, Kultur und Sport bzw. den Kreistag.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Biesterfeld teilt mit, dass sich die Antworten auf die die Anfragen von Frau Dr. Voigt bezüglich der vorhandenen Wehre und Stauanlagen noch in Arbeit befänden.

TOP

Beschlussvorlagen

TOP 6

Haushaltssatzung 2024 (6-5195/23-I)

Herrn Ferdinand wird das Wort erteilt. Anhand einer PPP (in der Anlage beigefügt) gibt er einen Überblick über die Haushaltssatzung 2024.

Herr Reinhardt beginnt mit den Ausführungen zu den Produkten des **Umweltamtes** ebenfalls anhand einer vorbereiteten PPP (anbei). Er geht kurz auf speziell für neue Maßnahmen geplante Kosten im Jahr 2024 in den vorgesehenen Produkten (z. B. Fortsetzung Einführung Software „ProUmwelt“, Gutachten „Wierachteiche – Zossener Heide“, Umsetzung „Leitbild“) ein.

Einige konkrete Nachfragen konnten hinreichend erläutert und beantwortet werden.

Frau Dr. Neuling, Amtsleiterin des **Veterinär- und Lebensmittelamtes**, macht Ausführungen zu den Planzahlen ihres Bereiches für 2024. Für das Produkt „Veterinärwesen“ geht sie insbesondere auf die Aufwendungen für die

Tierseuchenbekämpfung, ASP und Geflügelpest, ein. Da es auch im vergangenen Jahr gelungen sei, dass die ASP in Teltow-Fläming nicht auftrat, sind die bisher beplanten Konten im HH-Jahr 2024 auf „0“ gesetzt worden. Lediglich für einzelne Präventionsmaßnahmen gegen Tierseuchen, wie die Entsorgung von Tierkadavern, und die Fahrzeughaltung seien noch Kosten eingeplant.

Höhere Kosten sind im Tierschutz (u. a. Tierarztkosten) zu verzeichnen, die infolge auch in den entsprechenden Konten im HH-Jahr 2024 abgebildet werden.

Im Produkt „Lebensmittelüberwachung“ gebe es im HH-Jahr 2024 keine wesentlichen Änderungen zum Vorjahr.

Probleme gebe es leider mit den Kosten im Produkt „Schlacht- und Fleischuntersuchung“. Schwierig gestalte sich die Ertragssituation bei den Verwaltungsgebühren für Schlacht- und Fleischuntersuchungen. Frau Dr. Neuling berichtet, dass nach der Neukalkulation der Gebühren durch eine externe Firma wieder vermehrt Widersprüche gegen die entsprechenden Bescheide eingingen. Die sich daraufhin anschließenden Verfahren vor Gericht zögen sich teilweise über Jahrzehnte.

Abschließend stellt sie fest, dass der Produkthaushalt des Veterinäramtes infolge von Einsparungen während der Planungsrunden für den Haushalt 2023 und 2024 nicht auskömmlich sei.

Herr Dr. Prasse fragt nach,

- a) ob es möglich sei, eine Leistungserbringung für nicht zahlende Betriebe abzulehnen
- b) weshalb sich Gerichtsverfahren über einen derart langen Zeitraum hinzögen.

Frau Dr. Neuling führt dazu aus, dass die Behörde gesetzlich verpflichtet sei, die Fleischuntersuchungen für die Sicherstellung des Verbraucherschutzes durchzuführen. Zu den Gerichtsverfahren berichtet sie, dass diese nach bisherigen Erfahrungen erst nach ca. 5 Jahren begonnen würden. In der Regel gebe es immer Rückfragen und Klärungsbedarf zu den Sachverhalten, was zu weiteren Verzögerungen führe. Auch die personelle Situation in den Gerichten führe zu dieser langen Bearbeitungszeit.

Herr Thier fragt nach, in welcher Höhe Rückstellungen für die Prozesskosten für die Verfahren gebildet wurden.

Die Antwort wird nach Prüfung des Sachverhaltes nachgereicht.

Herr Dr. Jende macht seine Ausführungen zu den Produkten des **Landwirtschaftsamtes** anhand einer PPP (anbei). Er erläutert im Wesentlichen die Abweichungen in den Produktkonten zum Vorjahr.

Herr Marschall macht zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes kurze Ausführungen zum Produkthaushalt der **Jagd und Fischerei**.

Frau Klatt lässt über die Haushaltssatzung 2024 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------|---|
| Ja-Stimmen | 7 |
| Nein-Stimmen | 0 |
| Enthaltungen | 2 |

TOP 7

Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2024 (6-5197/23-I)

Im Zuge der Erläuterungen zur Haushaltssatzung 2024 durch den Kämmerer ist auch die Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2024 vorgestellt worden.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. **Frau Klatt** lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------|---|
| Ja-Stimmen | 9 |
|------------|---|

Nein-Stimmen 0
Enthaltungen 0

TOP Informationsvorlagen

TOP 8

Nachhaltigkeitsbericht für den Landkreis Teltow-Fläming für das Jahr 2022 (6-5190/23-III)

Frau Biesterfeld stellt den Nachhaltigkeitsbericht 2022 vor. Sie betont ausdrücklich, dass dieser Bericht lediglich ein 1. Aufschlag sei. Er solle nach und nach ergänzt, qualitativ ausgebaut und fortgeschrieben werden. Zur allgemeinen Verständigung geht sie auf die Historie zur Entstehung des Nachhaltigkeitsberichtes ein.

Der Nachhaltigkeitsbericht enthalte verschiedene Themen, mehrere Bereiche des Lebens betreffend. Die inhaltliche Weiterentwicklung und Fortschreibung dieses Berichtes werde deshalb unter Beteiligung der Fachämter der Kreisverwaltung erfolgen. Eine Beratung und Diskussion dieses Nachhaltigkeitsberichtes in allen Ausschüssen des Kreistages sei deshalb sinnvoll.

Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt solle es im Wesentlichen um die ökologischen Themen gehen. Anmerkungen, Hinweise und Fragen zu anderen Bereichen, wie Bildung und Soziales oder Wirtschaft, werden an dieser Stelle selbstverständlich entgegengenommen. Eine entsprechende Weiterleitung an zuständige Ämter des Hauses sowie die Beantwortung würde über die Landrätin erfolgen.

Erläutert wurde u. a. der Stickstoffüberschuss im landwirtschaftlichen Bereich. **Herr Dr. Jende** stellte dazu fest, dass mit Einführung einer neuen Düngeverordnung der Eintrag von Stickstoff in die Böden reduziert wurde. In der Folge musste festgestellt werden, dass die Qualität des Brotgetreides für den dafür bestimmten Zweck ungenügend war. Mehl musste von den getreideverarbeitenden Betrieben aus anderen Regionen beschafft werden. Inwieweit der Indikator Stickstoff also bezüglich Nachhaltigkeit in der Zukunft relevant sein werde, würde sich in weiteren Untersuchungsergebnissen zu Stoffeinträgen in den landwirtschaftlichen Böden zeigen.

Weitere Themen den ALU betreffend sind lt. **Frau Biesterfeld** z. B. 6. *Sauberes Wasser und Sanitärversorgung*, 7.2.1 *Strom aus erneuerbaren Quellen* und 15.1.1. *Naturschutzflächen*.

Herr Reinhardt erläutert anhand der zur Verfügung gestellten PPP die Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsberichtes.

Kritisch wurde in der Diskussion bewertet, dass der Nachhaltigkeitsbericht nicht auf die Punkte der Nachhaltigkeitsstrategie beruhe. Hier wurde erwartet, dass der Bericht Auskunft zum Stand der Erfüllung der beschlossenen Maßnahmen gebe. In erster Linie sollte man sich auf die Dinge konzentrieren, auf die man selbst Einfluss nehmen könne. Ziele sollten messbar sein, um in der jährlichen Berichterstattung zum Stand der Erfüllung belastbare Aussagen treffen zu können.

Zur grundsätzlichen Verständigung wies **Frau Biesterfeld** nochmals darauf hin, dass der Bericht auf Daten den Landkreis betreffend beruhe und nicht direkt mit der Tätigkeit der Ämter der Kreisverwaltung zu tun habe. Die vorliegenden Daten und dargestellten Indikatoren sollen selbstverständlich weiterentwickelt und qualifiziert werden. Für weitere Vorschläge seien die zuständigen Mitarbeiter*innen der Verwaltung dankbar und offen. Das langfristige Ziel sei, das Leitbild im Hinblick auf die SDG's zuzuordnen und daraus eine Strategie zu entwickeln.

In der weiteren Diskussion wurde u. a. die Erstellung und Umsetzung des digitalen Prüfvermerkes zu Entscheidungen der Kreisverwaltung nachgefragt. **Frau Biesterfeld** erklärte, dass für die Anwendung eine entsprechende Software fehle, dieser aber auch nur bei Ermessensentscheidungen in der Verwaltung anwendbar sei. Aufgrund der zwischenzeitlichen Weiterentwicklung zum Nachhaltigkeitscontrolling wäre die Einführung des Prüfvermerkes zu überdenken. Für künftig zu beschließende Maßnahmen sei es nach

jetzigem Kenntnisstand sinnvoller, jeweils einen Nachhaltigkeitscheck durchzuführen. Darüber sollte evtl. im Ausschuss noch diskutiert werden.

Von **Frau Seiler** ist zum Prüfvermerk angeregt worden, diesen in vereinfachter Papierform anzufertigen. Eine Abwägung zu Maßnahmen, ob diese sozial, ökologisch oder ökonomisch nachhaltig seien, könne auch kurz in schriftlicher Form dargestellt und für die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Herr Gust machte darauf aufmerksam, dass die im Nachhaltigkeitsbericht aufgeführten Bewertungspunkte der untersuchten Indikatoren in ■ (Verschlechterung), ● (Verbesserung) und ► (gleichbleibende Entwicklung), evtl. nochmals überarbeitet werden sollten. Als Beispiel führte er die Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit an. Auch die Bewertung der Indikatoren Wachstum sei evtl. nochmals zu überdenken.

Abschließend betonte **Frau Biesterfeld** nochmals, dass die Verwaltung für alle Anregungen zur qualitativen Entwicklung des Berichtes dankbar sei. Zum Thema Prüfvermerk forcieren die Verwaltung, ein effektiveres System zu entwickeln. Zeitnah solle dazu eine Vorlage zur Beschlussfassung im Kreistag eingebracht werden.

TOP Anträge

TOP 9

Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zu Nachpflanzung von Alleebäumen (6-5192/23-KT)

Vorliegender Antrag ist vom Antragsteller zwecks Neuverfassung zurückgezogen worden.

TOP 10

Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur langfristigen Sicherung von Alleeen entlang der Kreisstraßen im Landkreis Teltow-Fläming(6-5198/23-KT/1)

Vorliegender Antrag ist vom Antragsteller zwecks Neuverfassung zurückgezogen worden.

TOP 11

Antrag der Fraktion BVB/Freie Wähler zur Ertüchtigung der maroden Wehre/ technischen Stauanlagen in Teltow Fläming (6-5193/23-KT)

Herr Wylegalla, Fraktionsvorsitzender des Einreichers, fasst eingangs Inhalt und Ziel des vorliegenden Antrages zur Ertüchtigung der maroden Wehre/technischen Stauanlagen in Teltow-Fläming zusammen. Er bittet die anwesenden Ausschussmitglieder um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Eine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag liegt vor. **Frau Biesterfeld** geht kurz auf die darin formulierten Zuständigkeiten und die rechtliche Finanzierungsgrundlage ein. Schlussfolgernd stehe fest, dass es sich bei der angestrebten Bezuschussung des Wasser- und Bodenverbandes „Nuthe-Nieplitz“ in Höhe von jährlich 200 T € um eine freiwillige Aufgabe handele, die aufgrund der jetzigen Haushaltslage nicht umsetzbar sei. Der Aufbau einer eigenen Förderstruktur durch die Kreisverwaltung wäre außerdem mit zusätzlichem Personalaufwand verbunden. Diese Kapazitäten stünden nicht zur Verfügung. Auch dafür wären zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich. Für sinnvoll werde deshalb die Inanspruchnahme von Fördermitteln durch die zuständigen Institutionen vom Land auf Grundlage der dafür vorgesehenen Richtlinie ab 2024 erachtet.

Infolge der Diskussion durch die Ausschussmitglieder wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Beschlussvorschlag zu unkonkret sei. Vorgesehene Maßnahmen, die mit diesen 200 T€ finanziert werden sollen, seien genau zu benennen. Weiterhin wurde bemängelt, dass lediglich ein Wasser- und Bodenverband des Landkreises finanzielle Mittel erhalten solle.

Herr Wylegalla schlägt vor, den vorliegenden Antrag in der jetzigen Form zu überarbeiten und bittet um Unterstützung und Zusammenarbeit, um einen präzisierten, beschlussfähigen Antrag dieses Thema betreffend nochmals einbringen zu können. Er zieht den Antrag zurück.

Frau Klatt bedankt sich für die konstruktiven Diskussionsbeiträge und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

Luckenwalde, d.

G. Klatt
Ausschussvorsitzende